

INFORMATIONSDIENST DER PLATTFORM EDUCARE

Von: INFORMATIONSDIENST DER PLATTFORM EDUCARE [informationsdienst@plattform-educare.org]
Gesendet: Mittwoch, 25. Mai 2011 13:46
An: presse@gruene.at; innenpolitik@kurier.at; politik@volksblatt.at; gerhard.zeinitzer@oevp-wien.a; martin.panholzer@gpa-djp.at; kirstin.watzkarsch@kinderfreunde.cc
Betreff: Sammelmeldung 25.05.2011

Plattform EduCare
 elementare und außerschulische Bildung
Informationsdienst
<http://www.Plattform-EduCare.org>
informationsdienst@Plattform-EduCare.org



Wir ersuchen Sie, die Arbeit der Plattform EduCare auch finanziell zu unterstützen.

Einerseits durch einen **freiwilligen Mitgliedsbeitrag** (Private vielleicht € 50,00, Organisation etwa € 100,00 – jeder Beitrag ist höchst hilfreich!)
 und
 andererseits durch einen **„Anerkennungsbeitrag“** für die Aussendungen des Informationsdienstes in Höhe von € 10,00 (oder mehr) pro Kalenderjahr.

Unsere Kontoverbindung BLZ 11000 Bank Austria, Konto Nr. 09726603500, IBAN: AT94 1100 0097 2660 3500, BIC: BKAUATWW.

**ÜBERSICHT ÜBER DIE THEMEN DIESER AUSSENDUNG DES INFORMATIONSDIENSTES
 VOM 25.05.2011 13:45:41**

TOP-THEMA

[Nach Studie: Politikerinnen schlagen Alarm](#)

[Jugendmonitorstudie: Musiol und Schwentner für mehr Kinderbetreuung und einen Papa-Monat](#)

MEINUNG

["KURIER"-Kommentar von Martina Salomon: "Heim an den Herd?"](#)

[Männer wissen, was sich gehört. Und tun es nicht](#)

ZUR DISKUSSION

[„Es gibt keine Gratis-Bildung“](#)

ALLGEMEINE ÜBERSICHTEN

[APA-Meldungen Zukunft/Wissen](#)

[Österreich bei Lebensqualität im guten Mittelfeld](#)

BILDUNG, BILDUNGSPLANUNG, BILDUNGSPOLITIK

[Elementarpädagogische Datenbank](#)

[VP-Akademiker wollen die Gesamtschule](#)

[Mit Bildung gegen Intoleranz](#)

BILDUNGSVOLKSBEGEHREN

[Österreich ist zurückgefallen](#)

[Die Plattform EduCare unterstützt das überparteiliche "Volksbegehren Bildungsinitiative – Bildung ist Zukunft"](#)

BUNDESLÄNDERMELDUNGEN, BUNDESVERFASSUNGSREFORM, VERWALTUNGSREFORM

[Gesetze Bundesländer](#)

[Bundeskanzleramt RIS Informationsangebote](#)

[Rüstige Revolutionäre und müde Mutbürger](#)

[Neues Volksblatt: "Logisch?" \(von Michael Kaltenberger\)](#)

BURGENLAND

[Meldungen:](#)

[Landtag ohne Arbeit?](#)

KÄRNTEN

[Meldungen:](#)

[Arbeit des Sozialvereins ASPIS von unschätzbarem Wert für Integration in Kärnten](#)

[Neues Integrationszentrum für Steiermark und Kärnten in Graz eröffnet](#)

[Statt Lärmschutz entfernt Kindergarten lautes Spielzeug](#)

NIEDERÖSTERREICH

[Meldungen: keine](#)

OBERÖSTERREICH

Meldungen:

[Linz: VP will Betriebskindergärten stärker fördern](#)[Bustelle Schule: Wie Experten die Bildung der Zukunft sehen](#)[Mandseer auf der Suche nach den hellsten Köpfen in Oberösterreich](#)**SALZBURG**

Meldungen:

[Bund zahlt für Integrationsstunden seit Jahren deutlich zu wenig](#)**STEIERMARK**

Meldungen:

[Neues Integrationszentrum für Steiermark und Kärnten in Graz eröffnet](#)**TIROL**

Meldungen:

[Bei frühzeitigem Ferienantritt droht Anzeige](#)[Aufgaben für die Jugendwohlfahrt nehmen weiter zu - Stadt Innsbruck](#)**VORARLBERG**

Meldungen:

[Kinder lernen richtiges Verhalten](#)**WIEN**

Meldungen:

[Wiener ÖVP fordert Kontrollunterscheidung zu Schulminderungsprojekten](#)[Sturmschuss zur Prävention von Essstörungen in Schulen](#)**ELTERN/ ELTERNBILDUNG / ELTERN ALS BILDUNGSPARTNER**[177 Anzeigen von Eltern wegen vorgezogener Ferien](#)["Wir tun alles für dich, jetzt sei ein tolles Kind"](#)[Erziehung: Einfach mal machen lassen](#)[Eltern für Medienflut sensibilisieren](#)**FAMILIE / FAMILIENPOLITIK**[Neue VP-Vizeobfrau will mehr Geld für Familien](#)**FRÜHFÖRDERUNG, FRÜHPÄDAGOGIK, FRÜHKINDLICHE BILDUNG**["Frühförderung stiehlt Kindern die Zeit"](#)**INKLUSION, INKLUSIVE PÄDAGOGIK, BEHINDERUNG**[Behinderte Schüler Die ganz normale Vielfalt](#)[Damit inklusive Bildung nicht zur inklusiven Vernachlässigung wird](#)**KINDERBETREUUNG / KINDESENTWICKLUNG / KINDERERZIEHUNG**[GPA-djp: Verteilungsgerechtigkeit bedeutet auch Verkürzung der Arbeitszeit und mehr Urlaub](#)[Debatte um die richtige Kinderbetreuung](#)**PÄDAGOGISCHE HOCHSCHULEN, UNIVERSITÄTEN**[Übersicht](#)[Inskription](#)[Reflexion das Wichtigste in der Lehrerausbildung](#)**SPRACHE, SPRACHENTWICKLUNG, SPRACHFÖRDERUNG**[Türkisch-Lehramt liegt in Händen der Koalition](#)[Österreich: Pläne für Türkisch als Lehramt vorerst auf Eis gelegt](#)**STELLENAUSSCHREIBUNGEN**[Kindergarten- und HortpädagogInnen \(Vollzeit\) und Stützkräfte für Integration \(Teilzeit\) ab September 2011 gesucht](#)**VERANSTALTUNGEN UND EVENTS**[Präsentationsveranstaltung der Studie "Alleinerziehende in Österreich"](#)**IMPRESSUM UND HINWEISE**[Abmeldung von diesem kostenlosen Service](#)

-

TOP-THEMA***Nach Studie: Politikerinnen schlagen Alarm*****Junge Frauen flüchten in alte Rollenbilder. Das Rezept von Rot, Schwarz und Grün: mehr Krippenplätze und attraktivere Väterkarenz.**

Wertkonservative Vorstellungen in Sachen Familie und Kinderbetreuung - die haben Jugendliche, wie eine Studie ergeben hat. Ein Ergebnis: Junge Frauen wünschen sich zwar Halbe-Halbe bei Karenz und Kindererziehung; wenn es darauf ankäme, würden aber sie beruflich zurückstecken - der Kleinen wegen.

Frauenpolitikerinnen wollen das nicht länger hinnehmen. Ministerin Gabriele **Heinisch-Hosek** (SPÖ): "Wir brauchen dringend mehr Betreuungsplätze für

bis zu 3-Jährige. Der Bund soll schnellstens den Ländern Mittel zur Verfügung stellen. Das Geld ist ja da." Viele Eltern hätten nämlich den Kinderfreibetrag steuerlich nicht genutzt und Kinderbetreuungskosten nicht abgesetzt.

Geld her

"Schluss mit den Sonntagsreden", sagt auch ÖVP-Frauenchefin Dorothea **Schittenhelm**. Und nimmt ihre Partei in die Pflicht: "Wenn wir stets beteuern, dass wir für Familien stehen, dann müssen wir für diese auch etwas tun. Ich fordere flächendeckend Kinderbetreuungsplätze für bis zu 3-Jährige." Die fehlenden 35.000 müssten her. "Dafür ist Geld in die Hand zu nehmen. Man könnte ja anderweitig einsparen." Würde in der Hinsicht Last von den Eltern genommen, "gäbe es vielleicht weniger Scheidungen", befindet Schittenhelm

Grünen-Chefin Eva **Glawischnig** verlangt, Kindergärten aufzuwerten: "Wenn sie nicht als Aufbewahrungsstätten, sondern Bildungseinrichtungen gesehen werden, haben die Eltern ein gutes Gefühl, wenn sie ihre Kinder dorthin geben." Glawischnig möchte auch einen verpflichtenden Papa-Monat. Heinisch-Hosek setzt ebenfalls auf Väterkarenz, die derzeit nicht einmal fünf Prozent beanspruchen - trotz einkommensabhängigen Karenzgeldes (maximal 2000 Euro): "Der Papa-Monat muss der Einstieg werden."

ÖVP-Frau Schittenhelm warnt vor einem Scheinbild: "Dass eine Ehe bis an das Lebensende hält, spielt es nicht. Es gibt viele Alleinstehende, die sich mit dem beruflichen Wiedereinstieg schwer tun, denen dann Pensionsjahre fehlen. Drum sag' ich jungen Frauen: Macht eine gute Ausbildung, sucht euch einen guten Job." Dabei gehe es nicht um Karriere, "sondern darum, für sich selbst vorzusorgen". Und so drängt Schittenhelm darauf, Teilzeitarbeit finanziell aufzuwerten. Diese ist ja eine Frauendomäne.

"Viele sehen sie als Übergangslösung", sagt Frauenministerin Heinisch-Hosek. "Zu lange in Teilzeit sein heißt aber: eine geringere Pension." Wie erklärt sich Hosek den Wunsch junger Frauen nach Familiendyl? "Sie leben oft selbst nicht in harmonischen Familien, sehnen sich deshalb danach." Zudem werde im TV und in Zeitschriften noch immer das traditionelle Rollenbild vermittelt.

Glawischnig ortet andere Gründe: "Das ist das Ergebnis der letzten zehn Jahre Familienpolitik. Das Familienbild mit Mann als Haupt- und Frau als Zuverdienerin hat sich verstärkt. Frauen sehen, wie ihre Mütter und Freundinnen in diesem Rollenbild sind."

Anders deutet die niederösterreichische FPÖ-Landesrätin Barbara **Rosenkranz** die Aussagen: "Auch diese Studie zeigt wieder eines auf - die unglaubliche Diskrepanz zwischen den Wünschen von Frauenpolitikerinnen und jungen Frauen." Deren Rollenbilder seien nicht veraltet: "Sie sind vernünftig. Jugendliche sind ernsthaft an Beziehungen interessiert." Wahlfreiheit ist Rosenkranz' Motto. Gegen eines verwahrt sie sich: "Dass aus der Leistung, Kinder zu erziehen, ein Nachteil entsteht, etwa bei der Pension." Schließlich sorgten jene mit Kindern auch für Pensionszahler der Zukunft. Allein Rosenkranz für zehn.

Betreuung: Noch immer Aufholbedarf

Unter 3-Jährige: Die neue Kindertagesheimstatistik der Statistik Austria erscheint erst im Juni; 2009/2010 (Stichtag: 15. Oktober 2009) wurden laut Familienministerium 42.000 Kinder zwischen 0 und 3 Jahren in Krippen, Kindergärten und bei Tageseltern betreut, das entsprach einer Betreuungsquote von 18 Prozent (EU-Ziel sind 33 Prozent).

0- bis 6-Jährige: Bei den 0- bis 6-Jährigen waren 2009 insgesamt 220.055 Kinder in Kinderkrippen, -gärten, bei Tageseltern untergebracht oder vorzeitig eingeschult. Das entsprach einer Betreuungsquote von 91 Prozent.

Bundesländer: Die meisten Betreuungsplätze für 3- bis 5-jährige Kinder gab es laut Kindertagesheimstatistik 2009/10 in Niederösterreich (43.539 Plätze) und Wien (42.006). Am stärksten ausgebaut wurde das Angebot von 2008/09 auf 2009/10 in berösterreich: von 36.401 Plätzen auf 38.134 Plätze.

Ausbau: Von 2008 bis 2010 wurden jährlich 15 Millionen Euro in den Ausbau der Betreuungseinrichtungen investiert, damit wurden allein in den Jahren 2008 und 2009 (für 2010 gibt es noch keine Daten) 17.500 neue Betreuungs- und 6000 neue Arbeitsplätze geschaffen.

<http://kurier.at/nachrichten/2105580.php>

→ Siehe auch: [FAMILIE / FAMILIENPOLITIK](#)

Jugendmonitorstudie: Musiol und Schwentner für mehr Kinderbetreuung und einen Papa-Monat

Gesetzliches Rückkehrrecht von Teilzeit auf Vollzeitarbeit gefordert

In Reaktion auf die von Wirtschafts- und Familienminister Reinhold Mitterlehner in Auftrag gegebene Jugendmonitor-Studie fordern Daniela Musiol, Familiensprecherin der Grünen, und Judith Schwentner, Frauensprecherin der Grünen, mehr Engagement des Ministers bei der Steigerung der Väterbeteiligung an der Kinderbetreuung: "Auch junge Männer wollen eine Zeitlang bei den Kindern zu Hause bleiben. Fast 80 Prozent sind der Meinung, dass sie für die Kindererziehung genau so verantwortlich sind wie die Frauen. Wirtschaftsminister Mitterlehner muss nun endlich die nötigen Rahmenbedingungen wie das immer noch fehlende Papa-Monat schaffen."

Grundsätzlich brauche es eine viel stärkere Sensibilisierung der Unternehmen. Denn immer wieder würden Fälle bekannt, in denen Väter aufgrund einer Karenz zur Kinderbetreuung starke berufliche Nachteile erleiden. "Mitterlehner muss die Unternehmen davon überzeugen, dass alle jungen Väter ein Recht auf eine gemeinsame Zeit mit ihren Kindern haben und dass seitens der Politik ganz entschieden gegen die Diskriminierung von Karenzvätern vorgegangen wird. Einen Gang zulegen sollte Mitterlehner auch bei der Weiterführung des Bundeszuschusses zum Ausbau der Kinderbetreuungseinrichtungen. Denn junge, moderne Eltern wollen beides, einen Beruf und eine Familie", so Daniela Musiol.

Judith Schwentner nimmt Mitterlehner bei der Aufwertung von Teilzeitarbeit in die Pflicht: "Studien zeigen, dass Unternehmen ihre Mitarbeiterinnen für die gleiche Arbeit in Teilzeit mit einem schlechteren Stundenlohn entlohnen als ihre Vollzeitkräfte. Der Wirtschaftsminister muss nun konkrete Vorschläge präsentieren, wie er gegen die Lohndiskriminierung der Unternehmen vorgehen wird." Denn derzeit sind die Nachteile aufgrund einer Teilzeitbeschäftigung gravierend und Altersarmut vorprogrammiert. "Wer in Teilzeit arbeitet, soll ein gesetzliches Recht auf Rückkehr in Vollzeit bekommen. Unternehmen müssten dazu verpflichtet werden, ihre Teilzeitarbeitskräfte über freie Vollzeitstellen im Unternehmen zu

informieren. Damit auch teilzeitbeschäftigte Frauen eine Chance auf einen beruflichen Aufstieg bekommen", so Schwentner.

Rückfragehinweis:
Die Grünen
Tel.: +43-1 40110-6697
mailto:presse@gruene.at

Digitale Pressemappe: <http://www.ots.at/pressemappe/100/aom>

*** OTS-ORIGINALTEXT PRESSEAUSSENDUNG UNTER AUSSCHLISSLICHER INHALTLICHER VERANTWORTUNG DES AUSSENDERS - WWW.OTS.AT ***

MEINUNG

"KURIER"-Kommentar von Martina Salomon: "Heim an den Herd?"

Sind die Jungen reaktionär - oder einfach realistischer als die Meinungselite?

Die am Montag präsentierte Jugendstudie hat die politische (und mediale) Elite ratlos zurückgelassen. 55 Prozent der Frauen - aber auch 34 Prozent der Männer! - würden gerne nur Haushalt und Kinder schupfen, wenn der Partner genug verdient. Politisch korrekt ist das nicht. "Opinion Leader" kokettieren ja eher damit, dass sie Sonntagabend von Garten, Hund und Kind die Nase schon so voll haben, dass sie sich nur noch auf den Job freuen. Aber ehrlich: Was ist neurotischer? Und ist es nicht ziemlich pervers, dass "Heim an den Herd" für Jungeltern völlig "pfui", aber für die Generation 50 plus "hui" - also erstrebenswertes und politisch abgeseignetes (Frühpensionierungs-)Ziel ist? Da läuft etwas falsch - und die befragten Jungen sind wahrscheinlich realistischer als jene (oft kinderlosen) Politiker und Sozialpartner, die die lückenlose (Vollzeit-)Berufsbiografie zum Ideal erhoben haben.

85 Prozent der jungen Frauen wollen für Kinder eine Weile Teilzeit arbeiten. Schlimm? Aber was spricht dagegen, dass Frauen UND Männer für Betreuungspflichten, Ausbildung oder Nebenjob kürzertreten? Natürlich ist darüber hinaus auch der Ausbau öffentlicher Kinderbetreuung wichtig. Trotzdem eine ketzerische Frage: Hat nur noch aus der Familie ausgelagerte Betreuung Wert?

Rückfragehinweis:
KURIER, Innenpolitik
Tel.: (01) 52 100/2649
mailto:innenpolitik@kurier.at
www.kurier.at

Digitale Pressemappe: <http://www.ots.at/pressemappe/129/aom>

*** OTS-ORIGINALTEXT PRESSEAUSSENDUNG UNTER AUSSCHLISSLICHER INHALTLICHER VERANTWORTUNG DES AUSSENDERS - WWW.OTS.AT ***

Männer wissen, was sich gehört. Und tun es nicht

Zwischen Anspruch und Wirklichkeit besteht bei den künftigen Familienvätern oft ein großer Unterschied.

Sie sind zwischen 14 und 24 Jahre alt, die künftigen Familienväter unseres Landes. Denn das wollen die meisten jungen Männer einmal werden, hat Motivforscherin Sophie Karmasin in einer Befragung für das Familienministerium festgestellt. Und siehe da: Knapp 80 Prozent fühlen sich für die Kindererziehung genauso zuständig wie die Frauen und möchten, dass die Kleinen, zumindest bis sie drei Jahre alt sind, auch von niemand anderem als den Eltern betreut werden. So weit, so fortschrittlich.

Jetzt wird's allerdings kompliziert, weil konkret: Denn das würde ja bedeuten, dass jemand von diesen Eltern, und diese Auswahl betrifft naturgemäß eben nur zwei Personen, sich eine Auszeit vom Job und Zeit fürs Kind nimmt. Nun beginnt sich das bisher geäußerte wohlmeinende Wunschenken der jungen Männer mit ihren Karrierevorstellungen zu spießen. Während sich 85 Prozent der befragten jungen Frauen vorstellen können, für eine gewisse Zeit Teilzeit zu arbeiten, um für die Kinder da zu sein, sind es bei den Männern schlapp 31 Prozent. Moderne Männer wissen also, was sich gehört. Aber sie tun es nicht. (Die Ausnahmen bereiten sich gerade auf den Weg zum Spielplatz vor. Das Mittagessen wird noch eingekauft.) Die Frauen, die mit dem weniger löblichen Rest verhandelt sind, pendeln zwischen Arbeitsplatz, Kindergarten, Fitnessstudio und Supermarkt. Ihr gehetzter Lebensrhythmus klingt in den Ohren vieler junger Frauen offenbar nicht nach attraktiver Zukunftsmusik. Laut der durchgeführten Studie wären 55 Prozent der jungen Frauen gern Hausfrau, sofern der Partner gut verdient. Eine solche Entwicklung würde unserem ohnehin schon wankenden Pensionssystem den Rest geben. Abgesehen davon, dass mindestens die Hälfte dieser Wunsch-Hausfrauen statistisch gesehen irgendwann geschiedene Wunsch-Hausfrauen sein würden und ohne Einkommen dastünden.

Die Frage, die den jungen Frauen nicht gestellt wurde: Wären Sie nicht noch lieber eine Frau mit einem Partner, der neben grandiosen Ideen auch noch Umsetzungsvermögen beweist? Der neben wohlklingenden Worthülsen auf Fragebögen auch noch klare Worte mit dem Chef findet und ihm erklärt, dass er in Karenz gehen oder Teilzeit arbeiten möchte? Und der findet, dass das kein Zugeständnis seiner Partnerin gegenüber ist und eigentlich auch gar nicht so löblich.

Sondern ganz normal.

<http://mein.salzburg.com/blog/standpunkt/2011/05/manner-wissen-was-sich-gehört.html>

ZUR DISKUSSION

„Es gibt keine Gratis-Bildung“
mokant.at

Claudia Gamon: Es gibt viele Leute, die vor der Ökonomisierung der Bildung Angst haben. Wir wollen die Universitäten nicht privatwirtschaftlich organisieren. Aber unser Hochschulsystem ist Teil unserer Volkswirtschaft. Es gibt keine Gratis-Bildung, ...

[Alles zu diesem Thema ansehen »](#)

ALLGEMEINE ÜBERSICHTEN

APA-Meldungen Zukunft/Wissen

Österreich bei Lebensqualität im guten Mittelfeld

Neben wirtschaftlichen und sozialen Faktoren werden auch Elemente jenseits des Brutto sozialprodukts gemessen und verglichen

Im guten Mittelfeld ist Österreich beim sogenannten "Better Life Index" der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) gelandet. Die Studie, welche die Lebenssituation in den 34 Mitgliedstaaten vergleicht, wurde am Dienstag im Rahmen der 50-Jahr-Feier der Organisation in Paris präsentiert. Österreich landete dabei am 14. Platz. Am lebenswertesten ist demnach Australien gefolgt von Kanada.

Bei der Untersuchung werden elf bestimmende Faktoren des Lebens herangezogen und verglichen. Dabei geht es unter anderem um Komponenten wie Arbeitsplätze, Sicherheit, Wohnsituation, Einkommen, Umwelt, Bildung, Gesundheit und Lebenszufriedenheit. "Geld ist nicht alles", so die Studienautoren der OECD. Neben wirtschaftlichen und sozialen Faktoren werden also auch weitere Elemente der Lebensqualität - jenseits der Entwicklung des Brutto sozialprodukts - gemessen und verglichen. Österreich wurde dabei ein gutes Abschneiden im gesamten bescheinigt, punktuell gab es aber in einigen Bereichen Anmerkungen.

So gab es etwa beim Punkt Einkommen den zehnten Platz, wobei die Bürger beim verfügbaren Haushaltseinkommen (2009) mit durchschnittlich 27.670 Dollar (19.736 Euro) um rund 5.000 Dollar mehr als der Durchschnitt der OECD-Länder zur Verfügung haben. Das höchste Einkommen erzielen mit Abstand die Luxemburger vor den US-Amerikanern und den Schweizern.

Bei den Jobs stellte die OECD fest, dass beinahe 72 Prozent der 15- bis 64-jährigen Österreicher einen bezahlten Arbeitsplatz haben. Das bedeutete Platz neun in der OECD. Spitzenreiter war hier Norwegen knapp vor Island und der Schweiz. Mit 1.621 Stunden Arbeitszeit pro Jahr liegen die Österreicher deutlich unter dem OECD-Niveau von 1.739 Stunden.

Bildung

Durchwachsen die Bilanz in der Bildung: Hier fand sich Österreich im unteren Drittel wieder. Zwar bescheinigte die OECD den Bewohnern, dass 81 Prozent der 25- bis 64-Jährigen einen Schulabschluss äquivalent zu einem High-School-Abschluss besitzen und dass diese Rate unter den 25- bis 34-Jährigen mit 88 Prozent noch besser ist sowie dass beide Zahlen über dem OECD-Durchschnitt liegen. Aber die Organisation wies auch auf das schwache Abschneiden bei den Pisa-Tests hin: Der durchschnittliche Schüler habe 470 von 600 möglichen Punkten bei der Leseprobeprüfung erreicht, weniger als der OECD-Durchschnitt von 493. Und das sei ein besserer Indikator für wirtschaftliches und soziales Wohlbefinden als die Zahl der in der Schule verbrachten Jahre. Finnland vor Südkorea und Kanada lautete hier das Ranking auf den ersten drei Plätzen.

Wenig Ermutigendes brachte auch das Kapitel Umwelt: Auch hier landete Österreich im unteren Drittel. Vor allem die Feinstaubbelastung kritisierte die OECD: Mit 29 Mikrogramm Partikel pro Kubikmeter liege man deutlich über dem Durchschnitt von 22 Mikrogramm pro Kubikmeter. Außerdem wies die Organisation auf die hohe Zahl außergewöhnlich warmer Jahre in den Alpen hin. Österreich sei vom Klimawandel wegen des Tourismus vor allem im Winter besonders abhängig. Die Schneesicherheit nehme wegen des Klimawandels substanziell ab. Hinsichtlich der Umwelt sind dem Index zufolge Schweden vor Neuseeland und Irland am lebenswertesten.

Am neunten Platz landete Österreich bei der Bewertung der Regierungsgewalt. Klar vorne war hier Australien vor Schweden und den USA. Im Mittelfeld lag man beim Kapitel Gesundheit: Mit einer Lebenserwartung von 80,5 Jahren liegt Österreich deutlich über dem OECD Schnitt von 79 Jahren, auch bei den Investitionen (10,5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts) in das Gesundheitswesen lag man um 1,5 Prozentpunkte über dem OECD-Durchschnitt. 2008 gab Österreich übrigens 3.970 Dollar (2.832 Euro) pro Bürger für die Gesundheit aus. Am besten schnitt im Gesundheitsbereich die Schweiz ab, danach folgten Australien und Kanada.

Am fünften Platz landete Österreich beim Thema Sicherheit. Die Mordrate liegt bei 0,5, das bedeutet, dass pro 200.000 Einwohner ein Mord begangen wird. Das sei eine der niedrigsten Raten in der OECD. In Österreich fühlen sich 19 Prozent auf der Straße nach Einbruch der Dunkelheit unsicher, OECD-weit sind es 26 Prozent. Besser als Österreich beim Sicherheitsthema waren Japan, Island, Kanada und Australien. Jeder zweite Österreicher - genau 54 Prozent - wohnt in einem Haus oder einer Wohnung, die ihm auch gehört. Das ist deutlich niedriger als der OECD-Schnitt, wo zwei Drittel Haus- oder Wohnungseigentümer sind. 1,3 Prozent der Wohnräumlichkeiten in Österreich sind übrigens Substandard-Unterkünfte, sie haben also keinen privaten Zugang zu Toiletten mit fließwasser.

Die Österreicher liegen bei der Lebenszufriedenheit am elften Platz. Am zufriedensten sind die Dänen vor den Kanadiern und den Norwegern. Der Lebensqualitäts-Index wertet jedes der elf Elemente gleich. Der Index kann aber auch "personalisiert" werden und die persönlich wichtigen Elemente stärker berücksichtigen. Die Reihenfolge der Staaten verändert sich, wenn man entscheidet, dass einem eines oder mehrere der Elemente besonders wichtig sind. Die Gewichtung der einzelnen Faktoren kann also individuell verändert werden - demnach verändert sich auch das Ranking. Werden also die Bereiche stärker gewertet, in denen Österreich über dem Durchschnitt der OECD-Länder liegt, so steigt Österreich dementsprechend im Ranking auf.

Schieder zufrieden

Mit dem heute erstmals präsentierten Gradmesser für Lebensqualität jenseits des Wirtschaftswachstums, dem "Better Life Index", will die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) eine Wende hin zu einer menschlicheren und differenzierteren Betrachtung von Fortschritt und Wachstum in Wirtschaft und Gesellschaft einleiten. Für Finanzstaatssekretär Andreas Schieder (SPÖ), der Österreich bei den 50-Jahr-Feierlichkeiten der Organisation in Paris vertritt, ist dies der richtige Weg. Das Wirtschaftswachstum, gemessen am Bruttoinlandsprodukt (BIP), bilde eben nicht alles ab. "Es geht auch um die Qualität des Wachstums", erläuterte Schieder am Dienstag im Gespräch mit der APA in Paris.

Die OECD misst mit dem neuen Lebensqualitäts-Index elf Kriterien in ihren 34 Mitgliedsländern. Neben traditionellen "harten" wirtschaftlichen Fakten wie Arbeitsmarkt- und Einkommenssituation fließen auch Daten aus den Bereichen Gesundheit, Wohnen, Bildung und Lebenszufriedenheit, sogenannte "soft facts" ein. Österreich wird insgesamt am 14. von 34 Plätzen eingestuft.

undsätzlich sei der Index ein gutes Instrument zur Analyse, allerdings sollten einige Dinge anders betrachtet werden, meint Schieder. So werde etwa bei Österreich im Umwelt-Kapitel nicht der hohe Anteil an Erneuerbarer Energie und der Verzicht auf Atomkraft berücksichtigt. Stattdessen schlägt sich die Feinstaubbelastung in Österreich negativ im Index nieder. Die gute Umweltsituation in Österreich sei in die Studie nicht ausreichend eingeflossen, gibt der Staatssekretär zu bedenken. Laut dem OECD-Index schneiden die USA im Umweltbereich besser ab als Österreich, da im Umweltkapitel nur die Luftqualität bzw. Feinstaubkonzentration gemessen wurde.

Die OECD will den Lebensqualitäts-Index nun regelmäßig erstellen. In die Messung floss etwa der Anteil der Menschen, die regelmäßig mehr als 50 Stunden pro Woche arbeiten, ein. Während viel Arbeit für Einzelne durchaus ihre Lebensqualität erhöhen kann, bringe sie im allgemeinen mehr Belastung und weniger Zeit für private Aktivitäten mit sich, hieß es bei der Präsentation der Studie. Statt der traditionellen ökonomischen Analyse, wonach viel Arbeit den Wohlstand vermehre, werden viele Überstunden nun also als Verringerung der Lebensqualität gewertet. Weiters wurde auch der Anteil von berufstätigen Frauen mit Kindern gemessen - was ein Zeichen sei, dass in einer Gesellschaft Berufstätigkeit und Mutterschaft verbunden werden können und sich insbesondere gut ausgebildete Frauen nicht für das eine oder das andere entscheiden müssten.

<http://derstandard.at/1304552714029/Neuer-OECD-Index-Oesterreich-bei-Lebensqualitaet-im-guten-Mittelfeld>

BILDUNG, BILDUNGSPLANUNG, BILDUNGSPOLITIK

Elementarpädagogische Datenbank

VP-Akademiker wollen die Gesamtschule

Akademikerbund-Präsident Schnider drängt in der ÖVP auf gemeinsame Schule bis 15. Geht es nach dem Pädagogikexperten, könne seine Partei entgegen anderen Ankündigungen das Thema nicht länger aussparen.

Die personell erneuerte ÖVP solle sich bald dem Thema Bildung widmen – und ernsthaft über eine gemeinsame Schule nachdenken. Am besten sollten Schüler erst mit 15 getrennt werden. Das sagte der neue Präsident des Akademikerbundes und steirische Ex-VP-Bundesratsmandatar Andreas Schnider der „Presse“.

Geht es nach dem Pädagogikexperten, könne seine Partei entgegen anderen Ankündigungen das Thema nicht länger aussparen: „Eine Schule, die von sechs bis 15 geht, wäre auch wissenschaftlich gesehen eine gute Einheit, damit Junge sich entwickeln und ihre Talente zeigen können.“ Würde eine gemeinsame Schule nicht nur – wie von SPÖ und Grünen gefordert – bis 14 gehen, ergäbe sich auch nicht das „Problem“ eines Übergangs bis zum Ende der Schulpflicht nach neun Jahren. „Das geht dann in einem.“

In der ÖVP macht sich Schnider aber wenige Freunde: Der neue Parteichef Michael Spindelegger hat bereits betont, er wolle an der Trennung von AHS-Unterstufe und Neuer Mittelschule festhalten. Im Akademikerbund, einer VP-Vorfeldorganisation, werde er das Thema dennoch bald vorantreiben, so Schnider. Und auch in der ÖVP müsse es wieder anders werden, „dass unterschiedliche Meinungen diskutiert werden“.

http://diepresse.com/home/bildung/schule/pflichtschulen/664903/VPakademiker-wollen-die-Gesamtschule?_vl_backlink=/home/bildung/index.do

Mit Bildung gegen Intoleranz

von redaktion@kath.ch

Medienspiegel Mit Bildung gegen Intoleranz «Religion und Kultur» wird im nächsten Schuljahr als neues Fach an der Zürcher Volksschule eingeführt. Erfahrungen in England und Norwegen zeigen, dass ein konfessionell neutraler ...

[Portal kath.ch Ticker - http://www.kath.ch/](http://www.kath.ch)

BILDUNGSVOLKSBEGEHREN

Österreich ist zurückgefallen

Androsch zählte eine Reihe von Gründen auf, die sich in ihrer Kompensation mit den wichtigsten Anliegen des Bildungsvolksbegehrens decken. ...

iv.ifit-e.uni-klu.ac.at/~iv/frontend/?iv=meldung&id=346

Die Plattform EduCare unterstützt das überparteiliche "Volksbegehren Bildungsinitiative – Bildung ist Zukunft"

Wir rufen Eltern, Alleinerziehende, Pädagoginnen und Pädagogen, die interessierte Öffentlichkeit auf, sich am Volksbegehren zu beteiligen – am besten schon von Anfang an.

Den genauen Text der Forderungen des Bildungsvolksbegehrens finden Sie [hier](#).

Beim Eintragungsverfahren sind alle Österreicherinnen und Österreicher stimmberechtigt, die mit Ablauf des letzten Tages des Eintragungszeitraumes das 16. Lebensjahr vollendet haben und in einer Gemeinde des Bundesgebietes den Hauptwohnsitz haben.

Unterstützungserklärungen können **bis Freitag, den 1. Juli 2011** bei der Gemeinde des Hauptwohnsitzes, beim örtlich zuständigen Magistrat bzw. dem zuständigen Magistratischen Bezirksamt abgegeben werden: dort liegen die entsprechenden Formulare auf.

Sie können das [Formular auch als PDF-Datei](#) herunterladen, selbst ausdrucken und die entsprechenden Daten ergänzen. Mit dieser vorbereiteten Unterstützungserklärung gehen Sie bitte bis spätestens 1. Juli 2011 zu Ihrer Hauptwohnsitz-Gemeinde bzw. zu Ihrem Magistratischen Bezirksamt und leisten dort die Unterschrift auf dieser Unterstützungserklärung.

BUNDESLÄNDERMELDUNGEN, BUNDESVERFASSUNGSREFORM, VERWALTUNGSREFORM

Gesetze Bundesländer

Bundeskanzleramt RIS Informationsangebote

Rüstige Revolutionäre und müde Mutbürger

Ein Land im Stillstandsmodus - Reformen? Bitte warten, wir wollen nicht streiten! Keine gute Idee - oder eine sehr riskante, waren sich die Gäste beim Montagsgespräch einig und forderten: Gas geben, Mut, zur Not auch Wut

Es war ein Lapsus Linguae, mit dem in einem einzigen Wort all das kulminierte, wofür zuvor eineinhalb Stunden lang Erklärungen gesucht wurden: "Politikfreie Zeit." oops. Rausgerutscht ist dieser Befund dem Präsidenten der österreichischen Nationalbank, Claus J. **Raidl**, obwohl er es nicht ganz so direkt sagen wollte. Aber dann war's heraufßen - und es war gut, weil es passte. "Bis 2013 wird sich nichts ändern - in dieser politikfreien Zeit", sagte Raidl beim STANDARD-Montagsgespräch - und niemand wollte ihm widersprechen. Er meinte zwar "wahlfreie Zeit", gab aber zu: "Es ist beides richtig."

Das in die **STANDARD-Serie "Reformagenda"** eingebettete Thema des Abends war: "Wie kann man in Österreich Reformen anstoßen?" Und die Antworten der Gäste waren da schon an einem ziemlich resignativen Punkt angelangt.

Raidl, der Industrielle Hannes **Androsch**, die Innsbrucker Bürgermeisterin Christine **ppitz-Plörer** (Liste "Für Innsbruck"), Rechnungshofpräsident Josef **Moser** und Wifo-Wirtschaftsforscherin Margit **Schratzenstaller** zeichneten ein Bild zwischen Resignation, Pessimismus und - last exit: Fatalismus. Wenn's die Politik jetzt nicht begreift, wird sie ihre "politikfreie" Zeit halt irgendwann einholen - und das könnte weh tun.

Politisch ausgedrückt wäre das dann "der lachende Dritte", sagte Androsch: "Und das ist Populismus." Der neigt bei Wahlen gern zum Überholen. Also eher doch selber reformieren, bevor andere politische Konstellationen einen selbst wegreformieren? Aber wie machen? "Selbermachen!" lautet die Devise von Ex-Vizekanzler Hannes Androsch (SPÖ), der es mit 73 Jahren vorzeigt mit seinem Bildungsvolksbegehren und "Mutbürger" sucht - aber schon gemerkt hat, dass zwischen Machen und Matschern doch eine beträchtliche Kluft klafft: "Die Mühe, Engagement-Bürger zu werden und aufs Gemeindeamt zu gehen für eine Unterschrift, die ist schon zu groß." □der anders gesagt: "Bei uns reicht's nur für'n Rapid-Platz." Und so kommt es, dass bequemen Bürgern eine noch bequemere Regierung gegenübersteht - selbstverschuldete Reformunfähigkeit quasi oder in Androschs Worten: "Daher ist die Regierung das Spiegelbild von uns selbst - und das ist der Niedergang."

Aber vielleicht würde es helfen, wenn man auch der Regierung einen Spiegel vorhalten würde mit ihrem Sündenregister. □der wie STANDARD-Chefredakteurin Alexandra Förderl-Schmid - Schriftsteller Hans Magnus Enzensberger zitierend - vorschlug: Man müsse immer damit anfangen, dass man ein Problem beschreibe.

"Die Wahrheit sagen, den Leuten darlegen, wo stehen wir", formulierte es Rechnungshofchef Moser. Die Wahrheit ist: "Wir können nicht sagen, wir sind gesund." Ein paar Krankheitssymptome: 2015 werde Österreich 40 Prozent der Steuern für Zinsen und Pensionen ausgeben. Im Gesundheitssystem könnten 2,9 Milliarden sinnvoller umgeschichtet werden. "Es bleibt nichts übrig für Bildung", warnt Moser.

Es sei denn, das "enorme Einsparpotenzial" werde "endlich durch eine Verwaltungsreform" gehoben, sagte die in dieser Frage mittlerweile "relativ pessimistische" Budgetexpertin des Wirtschaftsforschungsinstituts, Margit Schratzenstaller. Das Sichere ist nie sicher - und so gilt es zu wissen: "Österreich steht im Moment noch sehr gut da, aber es gilt klarzumachen, dass das nicht mehr lang so sein wird."

Spätestens dann ist "verlässlich" der Punkt erreicht, an dem ziemlich sicher Reformen kommen, weil sie kommen müssen: "Wenn das Geld ausgeht", sagte Innsbrucks Bürgermeisterin □ppitz-Plörer. Als Vertreterin einer "Bürgerbewegung" unterstützt sie Androschs Wunsch nach einem Reform-Schulterschluss von Regierung und Staatsbürgern.

Das tut Claus Raidl nicht - mehr. "Einsicht der Politik? Das können wir vergessen. Es geschieht nichts." Zu viele "in der Partei", egal, welcher, wären auch Profiteure des politischen Stillstands. Auch das Feuer der Jugendpolitiker lodert ihm zu wenig: "Von den Socken reißt's mich nicht." Da setzt er lieber auf "Bürgerinitiativen, Bildung und alle Methoden des Internet, um Druck auf die Politiker auszuüben". Und wie er das so sagt, der 68-jährige Alt-68er, der eigentlich kein Revolutionär sein will, muss das für die Fraktion der "Politikfreien" nachgerade umstürzlerisch klingen.

<http://derstandard.at/1304552751480/STANDARD-Montagsgespraech-Ruestige-Revolutionaere-und-muede-Mutbuergler>

Neues Volksblatt: "Logisch?" (von Michael Kaltenberger)

Nichts eint die Menschen in diesem Land so sehr wie der Ruf nach einer Verwaltungsreform. Das Problem dabei: Fast jeder versteht darunter etwas anderes. Ein gutes Beispiel sind die Gemeinden; da reicht das Spektrum der Vorschläge von Gemeindekooperationen bis zu Gemeindezusammenlegungen. Ähnliches hört man über die Bezirkshauptmannschaften und sogar von einer Auflösung der Bundesländer war schon die Rede. Man sieht: Wo Verwaltungsreform draufsteht, ist oft Zentralisierung drinnen. Begründet wird der Zentralismus mit gewaltigen Einsparungspotenzialen. Was zwar nicht beweisbar, aber angeblich logisch ist. Zwei Gemeindeverwaltungen kosten weniger als eine; klar, oder? Wenn das so logisch ist, dann fragt man sich, warum der Zentralstaat Griechenland pleite ist, während sich die Schweiz, das Land mit der föderalsten Struktur weltweit, bester Bonität erfreut. Irgendwas stimmt also nicht an der Faustregel "Zentralismus ist billig, Föderalismus ist teuer". Und noch etwas passt nicht zusammen: □ft sind die Auflöser und Zusammenleger auch jene, die laut den Mangel an Bürgerbeteiligung beklagen. □der meinen sie wirklich, sie könnten bei den Bürgern eine Mehrheit für die zwangsweise Zusammenlegung von Gemeinden oder gar von Bundesländern bekommen?

Rückfragehinweis:
Neues Volksblatt, Chefredaktion
Tel.: 0732/7606 DW 782
politik@volksblatt.at
<http://www.volksblatt.at>

*** □TS-□RIGINALTEXT PRESSEAUSENDUNG UNTER AUSSCHLISSLICHER INHALTLICHER VERANTW□RTUNG DES AUSENDERS - WWW.□TS.AT ***

BURGENLAND



Burgenland: www.burgenland.at

Meldungen:

Landtag ohne Arbeit?

[□RF.at](#)

Drei kommen vom Abgeordneten Manfred Kölly (Liste Burgenland). Und zwar zu folgenden Themen: **Kindergärten** sollen Förderungen auch für Einrichtungsgegenstände verwenden **dürfen** und Hackschnitzelanlagen sollen gefördert werden. Im dritten Antrag von Kölly ...

KÄRNTEN



Kärnten: www.ktn.gv.at

Meldungen:

Arbeit des Sozialvereins ASPIS von unschätzbarem Wert für Integration in Kärnten[Europaticker](#)

Solche Auszeichnungen sind Balsam auf die zahlreichen Wunden, die man sich in Kärnten nicht selten in diesem Bereich abholt" so Holub. Holub spielt damit auf die völlig fehlende Unterstützung seitens der Kärntner Regierungspolitik an. ...

[Alles zu diesem Thema ansehen »](#)**Neues Integrationszentrum für Steiermark und Kärnten in Graz eröffnet**[Kleine Zeitung](#)

Mit dem "Umweg" über das bisherige IZ Obersteiermark wurde nun das Integrationszentrum Graz geschaffen, auch zuständig für Kärnten. Integration sei niemals ein abgeschlossener Prozess, sagte die zuständige steirische Landesrätin Bettina Vollath (S) bei ...

[Alles zu diesem Thema ansehen »](#)**Statt Lärmschutz entfernt Kindergarten lautes Spielzeug**[DiePresse.com](#)

Die geplante Lärmschutzwand gegen das laute Spielen von Kindern kommt doch nicht: Der Kindergarten von Völkermarkt hat lautes Spielzeug entfernt. Konkret geht es um zwei Rutschautos. Die Aufregung um die geplante Lärmschutzwand beim ...

NIEDERÖSTERREICHNiederösterreich: www.noe.gv.at**Meldungen: keine****BERÖSTERREICH**Oberösterreich: www.ooe.gv.at**Meldungen:****Linz: VP will Betriebskindergärten stärker fördern**[nachrichten.at](#)

Ihr neues Modell sieht vor, private Kindergärten und Betriebskindergärten mehr zu forcieren und die städtischen Einrichtungen vermehrt durch diese zu ...

Baustelle Schule: Wie Experten die Bildung der Zukunft sehen[nachrichten.at](#)

Beppo Mauhart, Vertreter des Bildungsvolksbegehrens von Hannes Androsch: „In Bildung zu investieren, ist teuer – noch teurer ist es, nicht in sie zu ...

Mondseer auf der Suche nach den hellsten Köpfen in Oberösterreich[nachrichten.at](#)

Heuer feiert die Talenteakademie Altmünster des oberösterreichischen Landesschulrates ihren fünfjährigen Bestand. Das Konzept der Begabtenförderung mitentwickelt hat der Mondseer Diplompädagoge Jörg Kurzwernhart. Zwei bis drei Prozent eines ...

SALZBURGSalzburg: www.salzburg.gv.at**Meldungen:****Bund zahlt für Integrationsstunden seit Jahren deutlich zu wenig**

Burgstaller: Land bringt pro Jahr rund 2,6 Millionen Euro für Unterstützung der schulischen Integration auf

<http://www.salzburg.gv.at/korr-meldung?nachrid=47064>**STEIERMARCK**Steiermark: www.steiermark.at**Meldungen:****Neues Integrationszentrum für Steiermark und Kärnten in Graz eröffnet**[Kleine Zeitung](#)

Mit dem "Umweg" über das bisherige IZ Obersteiermark wurde nun das Integrationszentrum Graz geschaffen, auch zuständig für Kärnten. Integration sei niemals ein abgeschlossener Prozess, sagte die zuständige steirische Landesrätin Bettina Vollath (S) bei ...

[Alles zu diesem Thema ansehen »](#)**TIRÖL**Tirol: www.tirol.gv.at



Meldungen:
Bei frühzeitigem Ferienantritt droht Anzeige
[ORF.at](#)

In Tirol war das innerhalb eines Jahres 60-mal der Fall. 220 Euro Geldstrafe oder bis zwei Wochen Ersatzfreiheitsstrafe möglich. Welche Folgen die Anzeige für die Familien hat, fällt nicht mehr in die Zuständigkeit der Schulbehörden, ...

Aufgaben für die Jugendwohlfahrt nehmen weiter zu - Stadt Innsbruck

Amtsleiterin Gabriele Herlitschka und Sozialreferent Vizebürgermeister Franz X. Gruber präsentierten die Bilanz 2010 der Jugendwohlfahrt. ...

www.innsbruck.at/io30/.../Jugendwohlfahrt2010_de.xdoc

VORARLBERG


Vorarlberg: www.vorarlberg.at

Meldungen:
Kinder lernen richtiges Verhalten
[Vorarlberg Online - Das Nachrichten Portal](#)

Der Vorarlberger Zivilschutzverband führt am Dienstag den Landeswettbewerb der Safety Tour 2011 in Lustenau durch. VOL Live sprach mit Arthur Weber vom Vorarlberger Zivilschutzverband über den Hintergrund der ...

WIEN


Wien: www.wien.gv.at

Meldungen:
Wiener ÖVP fordert Kontrollamtsprüfung zu Schulsanierungspaket

Die Klubobfrau der Wiener ÖVP, Christine Marek sowie Bildungssprecher Wolfgang Aigner, übten am Montag im Rahmen einer Pressekonferenz heftige Kritik an der Wiener Bildungspolitik. Es würden akute Mängel an Kindergartenplätzen für unter Dreijährige herrschen. Viele Kinder mit Migrationshintergrund hätten in und nach der Volksschule noch Schwierigkeiten mit der deutschen Sprache. Es fehle hier an der "richtigen Förderung für Chancengleichheit", so Marek. Von der durch die Stadtregierung angekündigten Bildungsoffensive sei nicht viel zu spüren, anstatt dessen seien 160 Lehrposten gestrichen worden und weitere 150 Postenstreichungen für das nächste Schuljahr geplant. Containerklassen "feiern heuer ihr 40-Jahr Jubiläum", so die Klubobfrau. Die Zahl dieser Klassen sei steigend, dennoch gäbe es teure "Prestigeobjekte" wie den neuen Campus Hauptbahnhof, bemängelte Aigner. Diese "Missverhältnisse" müssten unter die Lupe genommen werden. Daher beantrage die Wiener ÖVP eine Kontrollamtsprüfung der Umsetzung des Sanierungspaketes.

Weitere Informationen: ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien, E-Mail: gerhard.zeinitzer@oevp-wien.at, im Internet: www.oevp-wien.at/

Startschuss zur Prävention von Essstörungen an Schulen

Neun von zehn Mädchen und jungen Frauen sind mit ihrem Körper unzufrieden. Dieses Faktum hat für ihre Gesundheit Folgen. 40 Prozent der 10- bis 12-Jährigen ...

(weiterer Text: <http://www.wien.gv.at/rk/msg/2011/05/20014.html>)

ELTERN/ ELTERNBILDUNG / ELTERN ALS BILDUNGSPARTNER

177 Anzeigen von Eltern wegen vorgezogener Ferien
[derStandard.at](#)

Wenn Eltern mit ihren Kindern noch vor dem offiziellen Ende des Semesters oder Schuljahrs in die Ferien aufbrechen, kann ihnen das eine Anzeige des Schulleiters wegen Verletzung der Schulpflicht einbringen. Dass es sich dabei nicht um totes ...

"Wir tun alles für dich, jetzt sei ein tolles Kind"
[WELT ONLINE](#)

Die Eltern tun alles für dieses Kind. Eigentlich vernünftig. Aber das Kind entwickelt einen Herrschaftsanspruch, der sich zunächst auf die eigene Umwelt, später auf die ganze Welt erstreckt. Das ist eine narzisstische Disposition, ...

Erziehung: Einfach mal machen lassen
[Berliner Morgenpost](#)

Mai starb der renommierte Pädagoge Die Angst vieler Eltern ist groß. Die Angst, dass ihr Kind etwas verpassen könnte, dass seine Leistungen nicht reichen, dass der Zug abgefahren ist, wenn das Kind nicht schon bei der Einschulung mit Zahlen und ...

Eltern für Medienflut sensibilisieren
[Südwest Presse](#)

"Die im Februar vorgestellte erstmalige Gesamtauswertung des Projekts Medienfluten durch das Fraunhofer Institut hat gezeigt, dass es einen Zusammenhang zwischen dem Wissen der Eltern über neue Medien und dem Medienverhalten der Kinder zu geben ...

FAMILIE / FAMILIENPOLITIK

Neue VP-Vizeobfrau will mehr Geld für Familien

Andrea Kaufmann ist mit den aktuellen Kürzung der Familienförderung nicht einverstanden.

Mit der Regierungsumbildung hat ÖVP-Chef Spindelegger das Familienstaatssekretariat abgeschafft. Um das Thema Familie soll sich künftig - neben Minister Mitterlehner - die neue stellvertretende Parteichefin Andrea Kaufmann kümmern.

Die 42-jährige Kulturlandesrätin aus Vorarlberg ist neu in der Bundespolitik. Mit der aktuellen Kürzung der Familienförderung ist sie nicht einverstanden. "Das hat finanziell verhältnismäßig wenig gebracht, war aber ein falsches Signal für die Familien. Das muss man sicher in irgendeiner Form korrigieren", betont sie im Gespräch mit dem KURIER.

Für die diplomierte Volkswirtin betrifft die Familienpolitik nicht nur ein Ressort: "Das spielt in viele Bereiche hinein. Das muss ressortübergreifend behandelt werden." Sie selbst will sich für eine möglichst gute Mischung in der Familienpolitik einsetzen: "Wir dürfen uns nicht auf eines konzentrieren: Es ist nicht nur die Steuerreform, es ist nicht nur die Kinderbetreuung." Sie tritt für "Prävention" in der Familienpolitik ein. "Wir stecken so viel Geld in die Jugendwohlfahrt. Wir setzen damit aber erst an, wenn Jugendliche ausscheren, oder Eltern mit ihren Kindern total überfordert sind." Kaufmann ist überzeugt, dass oft schon Beratungs- und Gesprächsmöglichkeiten helfen können. "Da kann man viel Luft rausnehmen, bevor etwas explodiert."

Die vierfache Mutter (zwei Buben und zwei Mädchen zwischen 14 und drei Jahren) hat mit der Kinderbetreuung übrigens kein Problem: "Ich bin in der absolut privilegierten Situation zwei Mas im Einsatz zu haben."

<http://kurier.at/nachrichten/2105609.php>

FRÜHFÖRDERUNG, FRÜHPÄDAGOGIK, FRÜHKINDLICHE BILDUNG

"Frühförderung stiehlt Kindern die Zeit"

Sie ist eine außergewöhnliche Erzieherin, mit starken Prinzipien und Einstellungen, deren Arbeit sogar Gegenstand eines Kinofilms wurde: Lisette Siek-Wattel, 68, leitete über 30 Jahre lang eine kleine Kindergartengruppe in Stuttgart. Mit uns sprach die erfahrene Pädagogin über ihre Einstellung zum Thema Erziehung.

Lisette Siek-Wattel, 68, arbeitete 35 Jahre lang als Erzieherin und leitete bis zu ihrem Ruhestand eine kleine Kindergartengruppe in Stuttgart. Die charismatische Pädagogin war auch Mittelpunkt des Dokumentarfilms "Lisette und ihre Kinder", der vor einiger Zeit in den Kinos lief. Mit uns sprach die Erzieherin über ihre Erfahrungen, ihre Einstellung zu Kindern und ihre Beobachtungen, wie Erziehung heute besser gelingen kann.

Gibt es den kleinen Kindergarten in der Form wie er im Film gezeigt wird noch?

Ja, ich arbeite sogar im Moment wieder mit. Ich bin übergangsweise eingesprungen, als eine Vertretung benötigt wurde. Mir macht das nach wie vor viel Spaß, denn ich arbeite einfach gerne den Kindern.

Was wollten Sie in Ihrer Arbeit den Kindern vermitteln?

Dass sie zu sich selbst stehen können und nicht wie ein Blatt im Wind hin und hergeweht werden. Es ist gut, wenn sie selbstbewusst sind und ihre eigenen Bedürfnisse kennen. Es ist wichtig, dass sie Freunde finden können und Glück erleben. Dazu muss man ihnen aber auch Freiräume geben, in denen sie ihre Erfahrungen selbst machen können. Sie sollen erleben, dass sie nicht nur von Erwachsenen fremdbestimmt werden.

Der Kindergarten hat aber auch einen "Bildungsauftrag" und soll auf die Schule vorbereiten.

Ich wollte die Kinder nicht fertig bügeln für die Schule. Für mich ist "Bildungsauftrag" ein Schlagwort, als ob es davon noch keine Bildung im Kindergarten gegeben hätte. Kinder bilden sich ständig selbst, das hat es immer schon gegeben, aber dazu brauchen Kinder wieder mehr Freiräume, die ihnen heute oft fehlen. Sie schöpfen viel Kraft aus dem, was sie entdecken und erforschen. Das kommt in der Schule oft zu kurz.

Ich finde, dass die Schule gerade heute Erfahrungs- und Lebensraum sein muss und auf die individuellen Bedürfnissen der Kinder besser eingehen sollte. Durch große Klassen und dem Ausortieren nach der Grundschule, kann Schule das nicht leisten. Dadurch geht den Kindern oft die Freude am Lernen und Entdecken verloren.

Wie würden Sie Ihre Pädagogik beschreiben?

Ich habe nie ein Konzept genommen oder eines aufgesetzt und gesagt, so mache ich es jetzt. Ich habe einfach immer geschaut, was die Kinder interessiert und darüber nachgedacht. Das Leben ist so vielfältig, genauso wie die Kinder.

Wir kennen die Zukunft unserer Kinder nicht, daher brauchen sie Kreativität, um Dinge zu bewältigen die sie noch nicht kennen. Diese Kreativität zu erhalten und zu fördern war mir besonders wichtig. Ich glaube, dass für die Arbeit mit den Kindern auch deshalb jeder Tag ein neues Erlebnis für mich war.

Sie betonen, dass Kreativität sehr wichtig ist für Kinder. Wie kann man Ihrer Meinung nach Kreativität fördern?

Kinder bringen Kreativität mit. Aber es kann sein, dass sie ihnen abhanden kommt. Kinder brauchen Raum, um selbst etwas herauszufinden und eine ansprechende Umgebung wie Erde, Wasser, Sand. Ganz einfache Sachen sind es oft, die Kinder benötigen und die für ihre kreative Entwicklung wichtig sind. Es ist nicht das Vorgefertigte und auch nicht die Masse an Spielsachen, die diese Kreativität fördert.

Was halten Sie von Frühförderung?

Frühförderung einzelner Fertigkeiten stiehlt Kindern nur Zeit um ihre Fähigkeiten zu entwickeln. Kleine Kinder lernen anders. Auch Kinder, die aus einem Waldkindergarten kommen, mit der Natur, mit Blättern, Steinen und Tannenzapfen gespielt haben, kommen in der Schule genauso gut mit, wie Kinder, die jeden Nachmittag vom Vorschulenglisch und danach zur musikalischen Früherziehung gefahren werden. Damit nimmt man Kindern nur die Freiräume, die sie brauchen. Wie sollen sie lernen, wie man Freunde findet und Spielkameraden, wenn sie gar keine Zeit zum Spielen haben? Freies Spielen ist ein wichtiges Element der Entwicklung. Kinder spielen um des Spielens willens, so entdecken sie die Welt. Das ist ein wichtiger Wert, der leider verloren zu gehen droht.

INKLUSION, INKLUSIVE PÄDAGOGIK, BEHINDERUNG

Behinderte Schüler Die ganz normale Vielfalt

[ZEIT ONLINE](#)

Als die Anfrage vom Schulamt kam, nach einjähriger Pause wieder einige Erstklässler mit Behinderung aufzunehmen, zögerte Schulleiter Edgar Böhn keine Sekunde: »Für mich bedeutet Inklusion der vollständige Einbezug der Kinder in die Klasse. ...

Damit inklusive Bildung nicht zur inklusiven Vernachlässigung wird

bildungsklick.de

... und Selbstständigkeit von Schulen in Rheinland-Pfalz), weiß aus langjähriger Erfahrung in verschiedenen Fördereinrichtungen, dass Inklusion nur gelingen kann, wenn bestehende Ressourcen nicht nur beibehalten sondern erheblich ausgeweitet werden. ...

KINDERBETREUUNG / KINDESENTWICKLUNG / KINDERERZIEHUNG

GPA-djp: Verteilungsgerechtigkeit bedeutet auch Verkürzung der Arbeitszeit und mehr Urlaub Mehr Worklife-Balance durch bezahlte Auszeiten für Weiterbildung, Gesundheit und Familie

"In der Frage nach Verteilungsgerechtigkeit geht es nicht nur um Geld, sondern vor allem auch um bezahlte Arbeitszeit", erklärt Vorsitzender Wolfgang Katzian, nachdem sich die Gewerkschaft der Privatangestellten, Druck Journalismus, Papier (GPA-djp) auch auf ihrem Bundesvorstand, der gestern und heute in Wien stattfindet und sich mit dem Thema Arbeitszeit beschäftigt. Befragungen von ArbeitnehmerInnen zeigen, dass individueller Wunsch und betriebliche Realität in Sachen Arbeitszeit oft aus unterschiedlichsten Gründen weit auseinander liegen

"Es ist uns wichtig, dass Konzepte zur Arbeitszeitverkürzung und zur Arbeitszeitgestaltung möglichst viele Bedürfnisse berücksichtigen und den ArbeitnehmerInnen vor allem mehr individuellen Gestaltungsspielraum einräumen", so Katzian: "Das einheitliche Arbeitszeitmodell, das den Lebensrealitäten und Zeitbedürfnissen aller entspricht, das gibt es nicht. Um im Sinne einer guten Work-Life-Balance bessere Vereinbarkeit herzustellen, brauchen die ArbeitnehmerInnen mehr abgesicherte Gestaltungsmöglichkeiten."

Vor diesem Hintergrund verabschiedete die GPA-djp eine Resolution zum Thema Arbeitszeitverkürzung und Arbeitszeitgestaltung als Leitlinie für kommende Verhandlungen auf unterschiedlichen Ebenen. Diese Resolution sieht auch den einseitigen Rechtsanspruch der ArbeitnehmerInnen vor, die Arbeitszeit in gewissem Ausmaß zu reduzieren, sodass sich **Kinderbetreuung** besser vereinbaren lässt. Danach muss es die Möglichkeit geben, das Arbeitsausmaß wieder zu erhöhen.

Überstunden dringend reduzieren

Der europäische Vergleich bestätigt, dass ArbeitnehmerInnen in Österreich am längsten arbeiten, soweit es die tatsächliche Arbeitszeit betrifft, erläutert Katzian, wie die tatsächliche Wochenarbeitszeit verkürzt werden soll: "Mit 314 Millionen jährlich geleisteten Überstunden sind wir Überstundenweltmeister. Erstes Ziel muss also die Reduktion der Überstunden sein. Wir fordern neben weiteren Maßnahmen, dass Unternehmen mit besonders hoher Überstundenleistung höhere Beiträge zur Arbeitslosenversicherung zahlen sollen."

Ein wichtiger Schritt in Richtung Reduzierung der tatsächlichen Wochenarbeitszeit wäre die Festschreibung der wöchentlichen Arbeitszeit von 38,5 Stunden im Arbeitszeitgesetz, wie dies in den meisten Kollektivverträgen bereits durchgesetzt worden ist. Analog dazu soll die wöchentliche Arbeitszeit auf 35 Stunden bei vollem Lohnausgleich auf Branchenebene durch die Kollektivverträge verkürzt werden. Im Zusammenwirken aller Maßnahmen soll eine Reduktion des gesamten Arbeitszeitvolumens um 20 Prozent erreicht werden.

Soweit es die Tagesarbeitszeit betrifft, sind neben den Höchstzeitgrenzen vor allem für Teilzeitbeschäftigte auch Mindestarbeitszeiten in den Kollektivverträgen anzustreben, so Katzian: "Da geht es vor allem um die Schaffung von Mindestnormen hinsichtlich zusammenhängender Arbeitszeiten, die vom Arbeitgeber nicht einseitig abgeändert werden können um schikanöse Dienstpläne von vorneherein auszuschließen."

Rechtsanspruch auf Bildungskarenz und Sabbatical

Neben der Forderung nach mehr Urlaub, welche die GPA-djp auch in ihrer nächsten Aktionswoche Anfang Juni thematisieren wird, geht es in der beschlossenen Resolution um weitere Modelle zur individuellen Gestaltung der Lebensarbeitszeit.

"Wichtig sind uns zukünftig individuellere Arbeitszeitmodelle zur Gestaltung der Lebensarbeitszeit, konkret mehr bezahlte Arbeitszeit für partnerschaftliche **Kinderbetreuung**, bezahlte Aus- und Weiterbildungszeiten ein eine Rechtsanspruch auf abgesicherte Auszeiten für die Pflege von Angehörigen", so Katzian abschließend.

Rückfragehinweis:

GPA-djp Öffentlichkeitsarbeit
Mag. Martin Panholzer
Tel.: 05 0301-21511
Mobil: 05 0301-61511
E-Mail: martin.panholzer@gpa-djp.at
<http://www.gpa-djp.at>

Digitale Pressemappe: <http://www.ots.at/pressemappe/143/aom>

*** OTS-ORIGINALTEXT PRESSEAUSSENDUNG UNTER AUSSCHLISSLICHER
INHALTLICHER VERANTWORTUNG DES AUSSENDERS - WWW.OTS.AT ***

Debatte um die richtige Kinderbetreuung

[ZEIT ONLINE](#)

Obwohl die Familienpolitik dort vorbildlich ist, wird weiter über Kinderbetreuung diskutiert, schreibt sie. Die Pädagogik der Kindergärten legt viel Wert auf freies Spiel, auf soziales Lernen und auf den Sprachenwerb. ...

PÄDAGOGISCHE HOCHSCHULEN, UNIVERSITÄTEN

Übersicht

Inskription

Reflexion des Wichtigste in der Lehrerausbildung

[schule.at](#)

Diese Frage stellte sich auch Dr. Ernst Nausner von der Pädagogischen Hochschule der Diözese Linz bei seinem Vortrag "Wege der Kompetenzentwicklung in der Lehrerausbildung". Hierzu führte er eigens eine Studie durch. Die **Pädagogenausbildung NEU** ist derzeit in aller Munde. Wie soll in Zukunft die Ausbildung unserer Lehrkräfte aussehen? Diese Frage stellte sich auch Dr. Ernst Nausner von der Pädagogischen Hochschule der Diözese Linz bei seinem Vortrag "Wege der Kompetenzentwicklung in der Lehrerausbildung". Hierzu führte er eigens eine Studie durch. Die Ergebnisse dieser Studie - bei der er sowohl Hauptschul- und AHS-Lehrer als auch Studierende an der Pädagogischen Hochschule befragte - präsentierte er im Vortrag. Vorweggenommen sei, dass vor allem die **Reflexionskompetenz** von entscheidender Bedeutung ist.

Weitere Informationen: <http://www.schule.at/index.php?edReTask=detail&edReType=News&changeurlto=startNew&edReId=2888>

SPRACHE, SPRACHENTWICKLUNG, SPRACHFÖRDERUNG

Türkisch-Lehramt liegt in Händen der Koalition

[DiePresse.com](#)

Im roten Unterrichtsministerium schiebt man die Schuld auf die zögerliche ÖVP. Die Verärgerung der Uni Graz, die ursprünglich mit der Ausarbeitung eines ...

Österreich: Pläne für Türkisch als Lehramt vorerst auf Eis gelegt

[islamische portal](#)

Die Unterrichtsministerin müsse einen „Aktionsplan“ vorlegen, so die Grünen. Entgegen der vorherigen Ankündigungen eines Lehramtsstudiums für Türkisch an ...

STELLENAUSSCHREIBUNGEN

Kindergarten- und HortpädagogInnen (Vollzeit) und Stützkräfte für Integration (Teilzeit) ab September 2011 gesucht

Kinderfreunde Linz

Kontakt E-Mail Adresse:

kirstin.watzkarsch@kinderfreunde.cc

Vorraussetzung:

für KindergartenpädagogInnen: Abschluß der Bildungsanstalt für Kindergartenpädagogik

für HortpädagogInnen: Abschluß der Bildungsanstalt für Kindergartenpädagogik mit Zusatzausbildung Hortpädagogik; eine Pädagogischen Hochschule oder des Kollegs für Sozialpädagogik

Für Stützkräfte: Abschluß der Bildungsanstalt für Kindergartenpädagogik; zumindest HelferInnenausbildung und Berufserfahrung

Bei Interesse richten Sie bitte ihre Bewerbung mit Lebenslauf an die Kinderfreunde Linz, Hauptstr. 51, 4040 Linz

VERANSTALTUNGEN UND EVENTS

Kindgemäße Pädagogik - Veranstaltungen und Events

Präsentationsveranstaltung der Studie "Alleinerziehende in Österreich"

1. Juni 2011 von 10.30 - 14.30 Uhr aufmerksam machen.

Die ÖPA trägt drei Programmpunkte zur Veranstaltung bei:

Die Liedermacherin Maria Stern sind Lieder, die das Leben als Alleinerzieherin schreibt,

drei allein erziehende Frauen geben uns Einblick in ihr Leben,

Frau Mag.a Birgit Posch (Strv. Vorsitzende) ist am Podium vertreten.

Um namentliche Anmeldung bis 26. Mai 2011 per E-Mail an eva.schlenz@bmask.gv.at wird gebeten.

Wir freuen uns, Sie zu begrüßen!

Österreichische Plattform

für Alleinerziehende

Landstraßer Hauptstraße 33/19

A-1030 Wien

Tel.: +43/1 890 3 890

E-mail: oeпа@oeпа.or.at

Web: www.oepa.or.at
ZVR: 152293663

IMPRESSUM UND HINWEISE

Plattform EduCare

Postadresse:

Krausegasse 7a/10
1110 Wien
ÖSTERREICH

Telefon: +43 (664) 73592265

Faxnummer: +43 (1) 7485469

E-Mail: Informationsdienst@Plattform-EduCare.org

Diese Mitteilungen haben ausschließlich Informationscharakter.

Die Plattform EduCare übernimmt daher keine Gewähr für Richtigkeit, Genauigkeit und Qualität der bereitgestellten Information.
Eine Identifikation mit den Inhalten kann aus der Veröffentlichung nicht geschlossen werden, wir schließen jegliche Verantwortung für diese Zitierungen und die darin enthaltenen Inhalte aus.

→ Diese Übersicht ergeht zur Information fallweise auch an in einzelnen Meldungen angeführte E-Mail-Adressen ←

Abmeldung von diesem kostenlosen Service

Bitte schreiben Sie eine [Mail](#) mit Ihrem Namen und Ihrer E-Mail-Adresse, die in unserem Verteiler vorgemerkt ist. ev. einem kurzen Hinweis, wo wir Sie einordnen können. Danke!